

# Deutscher Bundestag

## Stenografischer Bericht

### 179. Sitzung

Berlin, Freitag, den 3. Juni 2005

#### Zusatztagesordnungspunkt 7:

Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/ DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Regelung des Zugangs zu Informationen des Bundes (Informationsfreiheitsgesetz – IFG)** (Drucksachen 15/4493, 15/5606, 15/5610) .....  
16949 D

#### **Petra Pau (fraktionslos):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten abschließend das Informationsfreiheitsgesetz. Die Bürgerinnen und Bürger sollen ein grundsätzliches Recht auf Information durch die Verwaltung und weitere Einrichtungen erhalten. Die Informationen werden also nicht mehr von Amts wegen zugeteilt. Es geht also um nicht mehr und nicht weniger als einen Paradigmenwechsel.

In Europa gibt es zurzeit – Kollege Stadler hat es schon gesagt – nur noch vier Staaten, die kein Informationsrecht für alle Bürgerinnen und Bürger haben. Auch in der Bundesrepublik haben wir schon Erfahrungen mit Informationsfreiheitsgesetzen. Die vier Bundesländer Berlin, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein haben längst solche Gesetze.

Deshalb hatte die PDS im Bundestag die rot-grüne Initiative bereits im Dezember letzten Jahres als längst überfällig begrüßt. Wir haben sie begrüßt, weil mehr Informationen immer auch ein **Mehr an Demokratie** ermöglichen. Wir haben sie begrüßt, weil mehr Transparenz Korruption erschweren kann. Wir haben diese Initiative begrüßt, weil das neue Recht die Bürgerinnen und Bürger als Souverän stärkt.

In der ersten Lesung dieses Gesetzentwurfes habe ich aber auch prophezeit, dass sich SPD und Grüne werden entscheiden müssen: entweder ein schlechtes Gesetz mit Bundesinnenminister Schily oder ein gutes Gesetz trotz Schily. Herausgekommen ist offenbar ein Gesetz mit Otto Schily.

Nun haben wir wieder einmal ein Problem. Denn unterm Strich steht: vorne gut gedacht, aber hinten schlecht. Deshalb wird sich die PDS bei der Abstimmung enthalten.

(Dr. Max Stadler [FDP]: Das ist auch richtig!)

Natürlich hat sich längst herumgesprochen: Nahezu alle Ministerien der rot-grünen Bundesregierung haben auf die Bremse getreten und ein besseres Gesetz verhindert.

(Jörg Tauss [SPD]: Legende! Konstruktiv mitgewirkt! – Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die PDS sollte einmal ihre Parteiakten offen legen!)

Das zeigt: Der angestrebte **Mentalitätswechsel** im Verhältnis zwischen Behörden und Bürgern, zwischen Staat und Demokratie, zwischen Geheimniskrämerei und Transparenz hat sicherlich noch einen langen Weg vor sich.

Damit wäre ich dann bei unseren drei Hauptkritikpunkten. Das Gesetz räumt den Bürgerinnen und Bürgern zwar grundsätzlich ein Recht auf alle sie interessierenden Informationen ein.

(Dr. Michael Bürsch [SPD]: Das ist doch schon mal etwas! Das ist der Fortschritt!)

Aber die lange und auch auslegbare Liste der Ausnahmen stellt genau diesen Grundsatz wieder infrage.

(Dr. Michael Bürsch [SPD]: Warten wir doch mal die Praxis ab!)

Ausgenommen werden fast alle Vorgänge, die mit Geld zu tun haben. Nun sagt ein Sprichwort: „Beim Geld hört die Freundschaft auf.“ Aber wir wissen auch: Beim Geld kann Korruption zugreifen.

Schließlich: Informationen haben ihre Zeit und die vergeht bekanntlich schnell. Das Gesetz indes hält die Bürgerinnen und Bürger ein bis zwei Monate hin, bis sie ihre Informationen erhalten.

(Jörg Tauss [SPD]: Aber nur bei Dritten!)

Auch das widerspricht dem neuen Geist.

Es gab im März eine parlamentarische Anhörung. Der Mehrheit der angehörten Experten ging der Gesetzentwurf nicht weit genug.

(Dr. Michael Bürsch [SPD]: Wie haben Sie denn gezählt? Diese Mehrheit haben wir nicht gesehen!)

Durchgesetzt haben sich allerdings die Bedenken der Minderheit.

(Dr. Michael Bürsch [SPD]: Das ist aber eine komische Wahrnehmung!)

Fazit: Wir hätten dem Gesetzentwurf gern zugestimmt, weil wir ein solches Gesetz für wichtig und unverzichtbar für einen modernen Bürgerrechtsstaat halten. Aber der Gesetzentwurf greift zu kurz. Deshalb werden wir uns jetzt enthalten.